

Schwarzwälder Tageszeitung

„Aus den Tannen“

Allgem. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt — Amtsblatt für den Bezirk Nagold u. Altensteig-Stadt

Teleph. erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr. Kabutt nach Tarif, der jedoch bei dringl. Eintreib. od. Konkursen billiger wird. Druckort Altensteig. Gerichtsstand Nagold. Einzelnummernpreis: Die einseitige Zeile ober deren Raum 15 Pfg., die Nebenzeile 40 Pfg. Erschein. wöchentl. 6 mal / Bezugspreis: Monatl. 1.56 Pfg., die Einzelnummer kostet 10 Pfg. Bei Nichterscheinen der Zeitung infolge höh. Gewalt od. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung / Postfach-Konto Stuttgart 6788 / Telegr.-Adr.: „Tannenblatt“ / Telef. 11.

Nummer 376 | Altensteig, Mittwoch den 25. November 1931 | 54. Jahrgang

Rede Grandis in Neuhoft

Neuhoft, 24. Nov. Der italienische Außenminister Grandi be- suchte Pierpont Morgan in seinem Heim in Lamont. Abends hielt Grandi auf einem Festessen des Council Foreign Relations, einer im politischen Leben Amerikas einflussreichen privaten Körperschaft, eine sorgfältig vorbereitete Rede über die italienische Außenpolitik. Grandi ging davon aus, daß das Welt des euro- päischen Wiederaufbaus durch schwere Fehler beeinträchtigt worden sei. Die vier Hauptprobleme, die die Welt zu lösen habe, seien die Frage der Kriegsschulden, der Sicherheit der Abrüstung und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Italien halte an dem Grundjah fest, daß die Tributfrage nicht von der Frage der inter- nationalisierten Schulden zu trennen sei. Italien werde stets eine möglich großzügige Lösung des Kriegsschuldenproblems befür- worten und sei bereit, angemessene Opfer zu bringen, falls solche verlangt würden. Ein fester und dauerhafter Friede sei nur auf der Grundlage nationaler Sicherheit möglich, aber diese Sicher- heit könne, wie Grandi in deutlichem Gegensatz zur französischen These hervorhob, von der friedlichen Beilegung der internatio- nalen Streitigkeiten und von der Abrüstungsfrage ab. Es gebe kein Sicherheitsproblem, das sich von dem Problem der Ab- rüstung unterscheide. Erst die übermäßigen Rüstungen hätten das Sicherheitsproblem geschaffen und gleichzeitig den Gerechtig- keitsanspruch unter den Völkern abgestumpft. Italien sei bereit, seine Rüstungen zu vermindern und seinen Verresbanshalt auf das niedrigste Maß herabzusetzen, wenn ein gerechter Ausgleich in der militärischen Stärke der einzelnen Nationen geschaffen werde. Ohne Gerechtigkeit gebe es keinen Frieden.

Sozialdemokraten beim Reichskanzler

Warnungen und Forderungen

Berlin, 23. Nov. Reichskanzler Dr. Brüning und Reichsarbeits- minister Dr. Siegelwald bemüht sich, wie man über die Par- teiüberredung hört, Bedenken der Sozialdemokratie zu ent- kräften. Sie betonen in bezug auf die Frage der Lohnrenten im Zusammenhang mit der Erklärung, daß Prelle und Löhne in Uebereinstimmung miteinander abgestimmt werden sollen, aber man werde um die Lohnreduzierung schon wegen der durch die enge finanzielle Lage und die ausländischen Forderungen bewirkten Exportschwierigkeiten nicht herumkommen. Was das Tarifrecht anlangt, so bleibt das wesentliche, daß an seinem Grundjah nicht gerüttelt werde. Es handele sich nur darum, es mit Rücksicht auf örtliche, zeitliche und branchenmäßige Verhält- nisse elastischer zu gestalten. Die Abgeordneten Breitscheid und Aufhäuser heften fest, daß ihre Besorgnisse durch diese Erklä- rung keineswegs zerstreut seien, und sie ermahnen die Regierung nochmals mit allem Nachdruck bei ihrer Besorgnis mehr als bisher Rücksicht auf die Lage und auch auf die Psycho- logie der Arbeiterklasse zu nehmen.

Die eigentlichen Verhandlungen betrafen wiederum die Sicher- ung des Brotpreises und der Preisregelung, die Ausführung des Reichstagsbeschlusses über die Winterhilfe mit Kohlen und Kartoffeln und die Sicherung der Invalidenversicherung gegen absteigende Zahlungsschwierigkeiten. Durch Reichssekretär ist die Reichs- regierung verpflichtet, einer Erhöhung des Brotpreises vorzu- beugen. Seitdem ist in den letzten Monaten der Brotpreis über den vorgegebenen Preis gestiegen, ohne daß Gegenmaßnahmen der Regierung erfolgt wären. Da außerdem durch die Knappheit an Roggen die Gefahr besteht, daß der Brotpreis in Zukunft sich noch mehr erhöhen werde, verlangt die Sozialdemokratie die Durch- führung der gesetzlichen Bestimmungen. Nach längerem Aus- einandergehen mit dem Minister Schiele, laute die Reichsre- gierung diesen zu, daß die Brotkaufel nach ihrem Wortlaut durchzuführen, der frühere Brotpreis wiederhergestellt werden solle und daß außerdem durch eine Verbilligung der Futtermittel die Verbilligung des Roggens vermieden werden soll.

Alsdann verließen die 30 Vertreter außerdem über die von der Regierung zur Ausführung des Reichstagsbeschlusses über eine zusätzliche Winterhilfe getroffenen Maßnahmen. Die in ein- zelnen Gemeinden abgeschlossenen Vereinbarungen zur Verbilli- gung von Brot, Kartoffeln und Kohle für Erwerbslose wurden von den 30 Vertretern für nicht ausreichend erklärt, sie ver- langten vielmehr aufs neue eine obligatorische und einheitliche Regelung für das ganze Reich. Die Reichsregierung stellte eine solche Regelung in Aussicht. Reichsminister Schiele teilte ferner mit, daß er eine Verbilligung von Fleisch für Erwerbslose um 30 Pfennig pro Pfund beschliesse.

Schließlich wurde von den sozialdemokratischen Vertretern dar- gelegt, daß eine Anzahl von Landesversicherungsanstalten vor Zahlungsunfähigkeit stehe. Es wurde von der Reichsregierung verlangt, daß sie den notwendigen Anhalten ermöglicht, die Reichsversicherungsanstalten, die der Invalidenversicherung im Vor- jahre aufgegeben worden waren, mit Hilfe des Reiches, so- weit erforderlich, Hilfen machen zu können. Der Reichsfinanz- minister laute seine Mitwirkung bei der Behebung der bestehenden Abgabenschwierigkeiten der Landesversicherungsanstalten zu.

Das Wirtschaftsprogramm der Regierung

Eine Medizin — aber kein Radikalmittel

Der Wirtschaftsbeirat der Regierung hat seine Arbeiten beendigt. Man kann wieder die Notverordnungsmaschine arbeiten. Die Veröffentlichung der neuen Bestimmungen, die der deutschen Wirtschaft über die dringenden Schwie- rigkeiten hinweghelfen soll, erfolgt noch vor dem 7. De- zember, weil bei dem Zusammentritt des VZ-Ausschusses in Basel ein innerdeutsches Programm fertig vorliegen soll. Nur so glaubt die deutsche Regierung, zu positiven Ver- handlungsergebnissen kommen zu können, obwohl diese auch nicht in Basel zustande kommen werden, sondern erst später im Wege der Verhandlungen.

Statt einer Krisenlösung durch entscheidende Beschlüsse wird also der augenblickliche Zustand, der durch die Er- gebnisse der letzten Zeit noch weiter verschärft worden ist, weiter fortgeschritten. Nach Abschluß der Verhandlungen im Wirtschaftsbeirat zeigt sich, daß alle hier vereinten Ver- treter gar nicht daran gedacht haben, unter dem Gesichtspunkte des Wohles des Ganzen zu beraten, sondern daß auch der Wirtschaftsbeirat im Kleinen ein Bild der sozialen Zerrissenheit unserer Zeit gab.

Brüning blieb nichts anderes übrig, als eine mittlere Linie einzuhalten. Er wird jedem etwas nehmen — und, was das Schlimmste ist — niemandem etwas geben. War darum der ganze Aufwand nötig, um als Schlussergebnis eine Erhöhung der Umsatzsteuer zu präsentieren? Jene Steuer, die nur deshalb im Sommer noch nicht erhöht worden ist, um für schlechte Zeiten noch eine letzte Reserve zu haben. Alle übrigen Programmpunkte stellen keine Radikal- lösung dar. Mit Maßnahmen, wie Einschränkung der Arbeitszeit, Förderung der Siedlungen, einer noch nicht bekannten Auflockerung der Tarife, soll der totfranke Kör- per der deutschen Wirtschaft geheilt werden.

Aber im selben Augenblick, da der franken Wirtschaft ein Betäubungsmittel eingegeben wird, ziehen sich drohende Wolken am Wirtschaftshorizont zusammen. In der ganzen Welt werden Zölle rapide erhöht. England ist voran- gegangen, Amerika schreitet zu Gegenmaßnahmen, Fran- reich schließt sich dieser Bewegung an, Schwe- den droffelt den Import durch scharfe Devisenkontrolle. Diese oder ähnliche Maßnahmen werden in fast allen euro- päischen Ländern ergriffen. Damit wird dem deutschen Ex- port alles Wasser abgegraben. Seit dem 1. Juli erlebten wir eine ständige Exportsteigerung, die aber nicht in einer mengenmäßigen Zunahme der exportierenden Güter be- stand, sondern vielmehr auf einer scharfen Drofflung der Einfuhr beruhte, die einen ganz empfindlichen Rückgang erliefen hat. Während sich andere Länder gegen die Maß- nahmen Englands durch entsprechende Gegenmaßnahmen zu wehren suchen, würde das für Deutschland kaum einen Sinn haben, da die Importzahlen im Vergleich zu den Exportzahlen mit einem großen Aktivsaldo für Deutsch-

land abzufallen, so daß fremde Industriestaaten auf den Export nach Deutschland gern verzichten werden, wenn sie dafür den deutschen Export verdrängen können.

13 Jahre nach Kriegsende sind wir nun so weit gekom- men, daß statt einer allgemeinen internationalen Annähe- rung eine Abkühlung aller Staaten eingetreten ist. Der Weltmarkt erlahmt und wird fast völlig zum Erliegen kommen. Das bedeutet nicht allein eine Katastrophe für die Schiffahrt aller Länder, das muß auch zu den größten Schwierigkeiten in den einzelnen Staaten führen. Deutsch- lands Situation ist deshalb besonders heftig, weil über ihm noch immer das Damoklesschwert der Reparationszahlun- gen und die riesige Privatverschuldung schwebt. Die Gläu- diger fordern Befriedigung, ohne das zu tun, was allein die Begleichung der Schulden ermöglichen würde, Dienst- und Arbeitsleistungen Deutschlands anzunehmen. Es ist so oft darauf hingewiesen worden, daß jede Zahlung Deutsch- lands in fremder Währung nur durch Exportüberschüsse möglich ist, und daß man darauf nicht noch einmal näher eingehen braucht. Wird der Krieg gegen den deutschen Export weitergeführt, so ist dies gleichbedeutend mit der Unmöglichkeit Deutschlands, seine Schulden zu begleichen. Für die innerdeutsche Wirtschaft muß man leider auch sehr traurig in die Zukunft sehen, da Deutschland als über- wiegender Industriestaat auf den Abfall seiner Waren in anderen Ländern angewiesen ist. Kommt es zu einer völli- gen Drofflung des deutschen Exports, so wird damit das Arbeitsvolumen in Deutschland weiter sinken und die Ar- beitslosigkeit steigen.

Um die neue Notverordnung

Berlin, 24. Nov. Die Reichsregierung hat einen Kabinettsrat über das Protokoll des Wirtschaftsbeirats abgehalten und die ersten Vorbereitungen für die nunmehr erforderliche Notverord- nung besprochen, die anfangs Dezember erscheinen soll. Aus der Aussprache im Wirtschaftsbeirat hat sich, wenn sie auch nicht zu sehr klaren Ergebnissen geführt hat, doch eine große Fülle prakti- scher Anregungen für die Regierung ergeben, die sich bereits zu Referentenentwürfen verdichtet haben. Infolgedessen hofft man, die Notverordnung schnell erledigen zu können. Trotzdem haben die Einzelheiten noch nicht unbedingt fest, und es ist ver- räth, wenn schon als sicher gemeldet wird, daß die Regierung bereits zu der als letzter Rückhalt gedachten Erhöhung der Um- satzsteuer ertreten wird. Für diesen Fall wird jetzt von einer Er- höhung der Umsatzsteuer sogar auf zwei Prozent gesprochen, wo- mit angeblich ein Wertvertrau von einer Milliarde Mark erzielt werden kann. Außerdem wird von einer Wiedereinführung der Kapitalertragsteuer ohne Anrechnung auf die Einkommensteuer ge- sprochen. Vor allem aber dürfte die Regierung versuchen, mit weiteren größeren Einsparungen einen Ausgleich ihres Haus- halts zu erreichen.

Der Arbeitsmarkt

4,84 Millionen Arbeitslose

Berlin, 24. Nov. Die Zahl der Arbeitslosen in der ersten Hälfte des Monats November ist um rund 220 000 auf rund 4 840 000 gestiegen. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger ist um 63 000, die der Besitzer der Krisenfürsorge um 30 000 gewach- sen. Von dem vom 31. Oktober gezählten rund 4 623 000 Arbeits- losen im Reich erblieben 17 v. H. keine Unterstützung. Von den zu jenem Zeitpunkt unterstützten Arbeitslosen entfielen etwa 66 v. H. auf Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge, etwa 34 v. H. auf öffentliche Fürsorge. Im Steinkohlenbergbau des Ruhr- bietes kam in der ersten Novemberhälfte die rückläufige Bewe- gung zum ersten Male seit Monaten zum Stillstand; Entlassun- gen erfolgten nur noch vereinzelt und die Zahl der Feierstichtigen ging zurück.

Minister Schlangel über die Dithilfe

Erklärungen im Haushaltsauschuh des Reichstages

Berlin, 24. Nov. Der Haushaltsauschuh des Reichstages nahm zunächst Berichte der ständigen Unterausshüsse über Organisation und Betrieb der Dithilfe entgegen. Dann laute Reichsminister Schlangel-Schönmann seinen Standpunkt darüber dar, wie er sich für die Zukunft die Lösung der Fragen denke, die für die Wirt- schaft, insbesondere für die Landwirtschaft im Osten gerade jetzt zu Existenzfragen geworden seien. Die von ihm erlassene Notver- ordnung sei von den verschiedensten Seiten angegriffen worden. Eines müsse er hier ausprechen: Als er vor seinem Eintritt ins

Kabinettsrat die erste Unterhaltung mit dem Reichskanzler gehabt und ihm darzulegen habe, auf welche Weise er eine Aktion im Osten durchführen wollte und daß er es dabei für unbedingt not- wendig gehalten hätte, daß der Reichskanzler einige Monate Ruhe im Lande schaffen müßte, wenn überhaupt irgendeine ge- dehlische Arbeit geleistet werden könnte, da habe der Reichs- kanzler mit einem solchen Verständnis und mit einem solchen guten Willen das, was er ihm über die Agrarfrage darstellte, entgegengenommen und sich mit einer solchen Entschlossen- heit zur Dithilfe erklärt, was immer sich nur eine Mög- lichkeit dazu böte, daß es geradezu ein triviales Spiel sei, wenn man in der Kaitation draußen im Lande ihm unterstelle, daß er nicht geneigt sei, der notleidenden Landwirtschaft zu helfen. Das, erklärte der Minister, müsse einmal mit aller Offenheit der länd- lichen Agitation landwirtschaftlicher und anderer Kreise gegen- über festgestellt werden.

Die Verhältnisse im Osten lägen heute so, daß nicht diejeni- gen Großbetriebe am gefährlichsten seien, die etwa am schließ- testen gewirtschaftet hätten, sondern diejenigen, die am inten- sivsten gewirtschaftet hätten, die also den größten Kapitalum- lauf aufwiesen und damit am stärksten in die Zinsmühle ge- kommen seien. Die Krise beschränkte sich heute nicht nur auf den Grundbesitz, sondern genau so sehr auf die Bauernschaft und auf die Siedler. Während man früher, wenn man von einer großzügi- gen Ostpolitik sprach, eine Besiedlung des Ostens im Auge hatte, sei heute eine rückläufige Bewegung, eine Entsiedlung, ein Ab- strömen der Menschen vom Osten festzustellen. Nicht nur aus volkswirtschaftlichen, sondern auch aus nationalpolitischen Grün- den sei diese Entwicklung unerträglich. Zu der wirtschaftlichen Lage komme noch, daß die Menschen draußen durch parteipoliti- sche Kaitation wild armächt werden, bis sie aus den Kopf ver-



lieren — und das in einer Zeit, wo es darauf ankommt, die Nerven zu erhalten. Aus diesem Grunde habe er durch die Notverordnung dem unerträglichen Zustande ein Ende zu machen sich bemüht, daß die Landwirte jeden Tag vom Gerichtsvollzieher bedrängt werden.

Zum Inhalt der Notverordnung übergehend, legte der Minister dar, daß das Gebot der Stunde sei, die Bestellung der Landwirtschaft im Osten sicherzustellen, wolle man nicht Gefahr laufen, daß der ganze Produktionsapparat zum Stillstand gebracht werde mit allen Folgen, die sich nicht nur für die Ernährung, sondern auch für die ganze staatspolitische Lage unseres Volkes in schärfster Weise auswirken würden. In den letzten Tagen habe er Verhandlungen mit den Kreisen, die sich durch die Notverordnung betroffen fühlten, gehabt, namentlich mit der Kaufmannschaft, dem Handel und den Genossenschaften, denen er zugesagt habe, daß alle Wünsche, die von dieser Seite vorgebracht werden, berücksichtigt werden sollten, soweit das nur irgend möglich sei. Jetzt handele es sich darum, den Umfang der Stillhaltaktion zu umrissen. Auf die Mitarbeit der preussischen Landräte könne er dabei nicht verzichten. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen erklärte der Minister, er hoffe, daß die Arbeit der Kommission sich nicht mehr über Jahre, sondern über Monate erstrecken werde. In dieses Tempo hineinzubringen, brauche er den Druck, sowohl auf die Schuldner wie auf die Gläubiger, den die Notverordnung ausübt.

Neues vom Tage

Nationalsozialistische Reichstagsanfrage zum Zusammenbruch der Landendorff-Bank

Berlin, 24. November. Die nationalsozialistische Reichstagsfraktion hat an die Reichsregierung eine schriftliche Anfrage gerichtet, in der es u. a. heißt: Ist es richtig, daß das Reich der Bank für Handel und Grundbesitz 3 Millionen Reichsmark gegen Sicherheiten über die Dresdener Bank zur Verfügung gestellt hat? Ist es richtig, daß die Reichsregierung nach dem offenen Zusammenbruch der Bank, „um eine ruhige Abwicklung der Bank zu gewährleisten“, der Dresdener Bank eine Summe zur Verfügung gestellt hat und stellen wird? Hat die Reichsregierung oder einzelne Mitglieder derselben vor oder am 16. Okt. mit der Wirtschaftspartei oder deren einzelnen Mitgliedern über die Stützung der Bank verhandelt? Was wurde von beiden Seiten gefordert und was zugesagt?

Nachlässe zu den Besenwahlen

Kronfurt a. M., 24. Nov. Der Landesverband dessen der Wirtschaftspartei hat in einer Wahlkreisversammlung einstimmig beschlossen, die besessenen Wahlen vom 15. November anzusehen. Der Beschluß gründet sich auf die Nichtzulassung der Wirtschaftspartei bei den besessenen Wahlen.

Auf der am Sonntag hier stattgefundenen Landeskonferenz der Sozialdemokratischen Partei Hessens war man übereinkommend der Auffassung, daß der Ausgang der besessenen Wahlen die Sozialdemokratie von der Regierungsverantwortung entbanden hat und daß diese auf die aus den Wahlen hervorgegangene stärkste Partei überzugehen ist.

Rohinjektion in der Schwärzweiler Uhrenindustrie

Reichert, 24. Nov. Bei den heute in Donaueschingen stattgefundenen Lohnverhandlungen in der Schwärzweiler Uhrenindustrie wurde eine Vereinbarung getroffen, die von der nach dem 23. November 1931 beginnenden Lohnwoche ab einen Gelohn für die gelehrten Arbeiter der Gruppe D. in Ortsklasse 1 (Mindestlohn) von 74 Pfennig vorsieht. Die Löhne der übrigen Lohngruppen richten sich nach dem bisher geltenden Schlußel. Die tariflichen Stundenlöhne und die Akkordlöhne ermäßigen sich um 6 Prozent, wobei jedoch der tarifliche Mindestlohn nicht unterschritten werden darf.

Rückkehr der deutschen Himalaja-Expedition

München, 24. Nov. Vier Mitglieder der deutschen Himalaja-Expedition, Dr. Bauer-Rabusa, Hartmann, Dr. Wien und Bendt sind von Italien kommend, hier einetroffen. Die Expedition hatte den 9. Versuch zur Besiegung des Kang-Giwets im Himalaja unternommen. In einer Höhe von 7800 Metern wurde die Expedition durch eine unbesiegbare Eismauer am weiteren Vordringen gehindert.

Disziplinierungsverfahren gegen die Leiterin der Hamburger weiblichen Kriminalpolizei

Hamburg, 24. Nov. Der Senat hat gegen die Leiterin der hiesigen weiblichen Kriminalpolizei, Frau Regierungsrat Erlens, das förmliche Disziplinungsverfahren mit dem Ziele der Entlassung beantragt. Im Sommer dieses Jahres hatten, wie seinerzeit gemeldet, zwei Hamburger Volkspolizistinnen Selbstmord verübt, was zur Aufdeckung von Mißgeschicklichkeiten innerhalb der weiblichen Kriminalpolizei und zu Angriffen gegen Frau Erlens führte. Das vom Senat beantragte Verfahren wird sich auf alle die Einwände erstrecken die im Zusammenhang mit dem Selbstmord der beiden Volkspolizistinnen gegen das dienstliche Verhalten der Frau Regierungsrat Erlens erhoben worden sind.

Die Agitationsanträge der Sanacja — Uebersetzung an den Sozialausschuß

Kattowitz, 24. November. Die mit großer Spannung erwartete Abstimmung über die Agitationsanträge der Sanacja in der heutigen Sitzung des schlesischen Sejm fand nicht statt, da sämtliche Anträge en bloc dem Sozialausschuß überwiesen wurden. Die Sanacja hatte, wie gemeldet, staatliche Aufsicht der ober-schlesischen Schwerindustrie, Ausweisung der in den ost-schlesischen Werken beschäftigten reichsdeutschen Arbeiter und Beamten, Herabsetzung der hohen Gehälter der leitenden Beamten und die Ernennung eines Kommissars mit weitgehenden Vollmachten zur Regelung der Arbeitslosenfrage gefordert.

Kampf zwischen rumänischen und sowjetrussischen Fischern Bukarest, 24. November. Aus bisher nicht aufgeklärten Gründen fand auf dem Schwarzen Meer ein erbitterter Zusammenstoß zwischen rumänischen und sowjetrussischen Fischern statt. Nach den bisher eingetroffenen Nachrichten scheint der Zusammenstoß, der auf stürmischer See erfolgte, zu einem Kampf geführt zu haben, der mit Handwaffen, Kugeln und Haken erbittert durchgeführt worden sei. Auf beiden Seiten sollen mehrere Boote zum Kentern gebracht worden sein. Ob Menschenleben zu beklagen sind, konnte noch nicht festgestellt werden; doch wird gemeldet, daß drei rumänische Fischer gefangen genommen und nach Sowjetrußland geschleppt worden seien.

Württembergischer Landtag

Wichtige Regierungserklärungen im Finanzausschuß

Stuttgart, 24. Nov. Im Finanzausschuß des Landtags wurde heute nach eingehender Geschäftsordnungsdebatte zu den Anträgen des Zentrums und des Bauernbundes Stellung genommen, die sich mit wichtigen landwirtschaftlichen und gewerblichen Fragen befaßt. Von Seiten des Zentrums wurden die traurigen Verhältnisse in vielen Landgemeinden dargelegt. Alleinlebende Bauernbetriebe seien gefährdet. Größere Bauernhöfe dürften nicht im Konkursverfahren verschleudert werden. Die Biederteile gingen immer mehr zurück; für Barren würden noch 18—19 Pfennig für das Pfund Lebendgewicht bezahlt. Die Oblivorteile betragen das 5 bis 10fache von dem, was der Erzeuger bekommt. Die Fleischpreise seien viel zu hoch gegenüber den Preisen für Schlachtvieh. Von Seiten des Bauernbundes wurde den Vorderebenen zugesichert. Wenig verschuldete Betriebe kämen jetzt unter den Hammer, weil nirgends Geld ausgenommen werden könne. Der Bauer bekomme für die schönste Kuh keinen Ansatz, für eine Kuhhaut kein Haar Schube mehr.

Wirtschaftsminister Dr. Maier erklärte, daß die Anträge der Tendenz der württ. Regierungspolitik entsprechen. Was die Zinsfrage anlangt, so sollte man in erster Linie das behandeln, was wir selbst tun können. Verhandlungen mit den Kreditinstituten sind in die Wege geleitet und lassen gewisse Erleichterungen erhoffen. Die Handesspanne hat sich gegenüber den Friedensverhältnissen stark erweitert. Es sind viel mehr Händler vorhanden als früher. Das Milchfleisch ist um 40 Prozent billiger als im Jahr 1927, um 26,3 Prozent billiger als i. J. 1913, das Vieh aber um 40 Prozent billiger. Die Preise für Werkwaren sind wohl noch zu hoch. Auch bei den Milchpreisen ist die Handesspanne nicht zu hoch, aber nicht wegen des Milchbols, sondern wegen der Milchhändlerorganisation. Die Deflation bringt viele Kreise in Schwierigkeiten. Die Gehalts- und Lohnminderungen, die durch Neubauten, Lebensversicherungen usw. laufende Verpflichtungen zu erfüllen haben, können diesen zum Teil kaum mehr „kommen. Die Maßnahmen des Diszessionsgesetzes eignen sich nicht für uns. Notwendig ist dagegen die Schaffung eines Volkswirtschaftlichen Lebens für lebensfähige Betriebe. Das Geldmangel wird zu einer schweren Gefahr für die gesamte Wirtschaft. Der Absatzförderung wird besondere Aufmerksamkeit zuwenden. Württemberg hat hierzu Reichsbereitschaft erhalten. Die Einfuhr von Vieh und Fleisch beträgt nur noch 1,8 Prozent des Gesamtverbrauchs. Auf dem Gebiete der Holzwirtschaft muß die Reichsregierung Schritte unternehmen. Bei den bisherigen Verhandlungen ist nichts herausgekommen. Ohne Kontingentierung des Holzschlags und der Holzeinfuhr würden die Holzpreise weiter sinken. Die Einfuhr von Holz ist gegenüber dem Voriahr um 40 bis 50 Prozent zurückgegangen. Nur die Kontingentierung kann helfen. Auch im Friebe sind 40 Prozent des Holzverbrauchs eingeschätzt worden. Bezüglich der Milchwirtschaft ist in den letzten zwei Jahren viel geschehen. Der Volkswirtschaftswang ist vollkommen durchgeführt. Beim Rationalisierungswesen wird die Wirtschaft schlechter bezahlt als die Wirtschaft. Die Wirtschaft müßte besser bezahlt werden. Notwendig ist eine Erhöhung des Futterpreises. Die Währungsverschlechterung in Dänemark und Schweden wirkt sich katastrophal für die deutsche Milchwirtschaft aus. Der Zwangszusammenbruch der gesamten Emmentalerläse-Produktion muß kommen.

Justizminister Dr. Weyerer erörterte die Rechtslage. Fabriks- und Kaufmann, Bau und Saatgetreide können nicht amansversteigert werden, sofern nicht gleichzeitig eine Verleigerung des Grundstückes vor sich geht. Den Gerichtsvollziehern werden entsprechende Anweisungen gegeben. Die Möglichkeiten der Verschleuderung von Vieh usw. zu beschränken, sollten mehr beachtet werden. Schwieriger liegen die Verhältnisse bei Grundstücksversteigerungen. Wenn die Zinsen bezahlt werden, so ist beschaffen, die Kapitalrückstellungen zu unterbinden. Auch für den kleindauerlichen Besitz muß eine Art Kreditbischiedamt geschaffen werden, um Zwangsversteigerungen zu verhindern, sofern es sich um erhaltenswerte Betriebe handelt. In der Diszision ist eine Entschuldungssaktion vorgesehen; hierüber muß auch in Württemberg noch verhandelt werden. Auch bei uns ist eine Aufsichtsanstalt notwendig. Die württ. Regierung wird in Berlin konkrete Vorschläge machen.

An die Ausführungen der Minister schloß sich eine umfangreiche Debatte, in der insbesondere auch die Beschränkung der Kaufkraft erörtert wurde. Ferner wurden joll- und handelspolitische Fragen in ihrer Wechselwirkung auf das Ausland und die Industrie besprochen. Hierauf wurden die Anträge des Zentrums und des Bauernbundes, die bereits vor einiger Zeit veröffentlicht wurden, teils mit großer Heftigkeit, teils einstimmig angenommen.

Aus Stadt und Land

Altensteig, den 25. November 1931.

Die Wahlvorschlüge zur Gemeinderatswahl in Altensteig liegen nun vor. Es sind nicht weniger als sieben Vorschläge eingegangen und zwar Wahlvorschlüge 1 „Gemeinnutz vor Eigennutz“ und 2 „Mittelstand“, beide von der Nationalsoz. Deutschen Arbeiterpartei; Wahlvorschlüge 3 „Das arbeitende Volk“, gemeinsam vom Evang. Arbeiterverein und der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands; 4. Wahlvorschlüge „Kommunistische Partei“; 5. Wahlvorschlüge „Christlicher Volksdienst“; 6. Wahlvorschlüge „Gemeindewohl“ und 7. „Gemeindeinteresse“, beide vom Gewerbeverein Altensteig. — Insgesamt sind 39 Kandidaten aufgestellt. An Auswahl fehlt es also nicht, aber auch sicher nicht an einer bedeutenden Zerplitterung der Stimmen.

Vorsicht bei Bestellung von Bevollmächtigten für ausländische Erbschaften. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Beim Anfall ausländischer insbesondere amerikanischer Erbschaften wenden sich vielfach ausländische Firmen an die deutschen Erbverwalter, um von ihnen zur Einziehung des Nachlasses bevollmächtigt zu werden. Nach den von den amtlichen Stellen gemachten Wahrnehmungen bedingen sich dabei solche Auslandsfirmen oft ungewöhnlich hohe Entschädigungen aus. So hat sich z. B. eine in Paris ansässige französische Firma und ihr Stuttgarter Vertreter mehrfach zur Vertretung gegen ein Entgelt in Höhe der Hälfte des Nachlasses angeboten. Solche Forderungen werden regelmäßig eine Ueberverteilung der deutschen Erben darstellen. Diese wahren ihre Interessen am besten dadurch, daß sie zur Bestellung eines Bevollmächtigten in einer ausländischen Nachlasssache die Vermittlung der

zuständigen deutschen Auslandsvertretung oder einer als unbedingt zuverlässig anerkannten inländischen Firma in Anspruch nehmen.

Calw, 24. November. (Konkurs.) Ueber die Firma Paul Käufle, Inhaber Paul Käufle, Kaufmann hier, wurde gestern unter Ablehnung eines Vergleichsverfahrens das Konkursverfahren eröffnet. — Käufle hatte seinerzeit das Geschäft des Kaufmanns Steudle übernommen und großzügig ausgebaut. Nun ist es den Zeitverhältnissen zum Opfer gefallen.

Calw, 24. November. (Wahlvorschlüge.) Bis zum Abend des gestrigen letzten Anmeldeabendes waren bei der Calwer Stadtverwaltung sieben Wahlvorschlüge zur Gemeinderatswahl eingegangen. Es sind eingereicht worden: zwei Wahlvorschlüge von der Bürgerpartei und je einer von der Sozialdemokratischen Partei, der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, der Kommunistischen Partei, dem Städt. Hausfrauenverein und von parteiloser Seite. Der Wähler wird also reichlich Auswahl haben.

Neubulach, 23. Nov. Herr Oberlehrer a. D. Stahl, welcher der hiesigen Schule über dreißig Jahre lang mit Umsicht und Treue vorgestanden hat, beging vergangene Woche in körperlicher und geistiger Frische seinen 70. Geburtstag. Der Bezirkslehrerverein Neubulach, dessen Vorsitzender der Gefeirte jahrelang gewesen ist, veranstaltete ihm am Samstag im Gasthaus zur „Sonne“ eine schöne Geburtstagsfeier. In verschiedenen Ansprachen kam die Wertschätzung zum Ausdruck, die „Bater Stahl“ im Kreise der Amtsgenossen genießt. Die Glückwünsche des Württ. Lehrervereins überbrachte Amtsgenosse Schöffler aus Stuttgart. Seine Ausführungen über die Schule der alten Zeit ergänzte das Geburtstagsfest in launiger Weise durch Bekanntgabe eigener Erlebnisse aus seiner ersten Tätigkeit als Erzieher in Engelsbrand und Schietingen. Ein sinniges Gedicht der Ehefrau des Jubelgehrigen beschrieb die schöne und hohe Aufgabe des Erzieherberufes. Männerchöre und Geigenmusik, letztere gespielt von den Herren Adlas aus Breitenberg und Müller von Teinach, sowie Beethovens Monatsheinsonate, die Herr Oberlehrer Rehm von Teinach auf dem Klavier vortrug, rahmten die würdige Feier.

Dornstetten, 23. November. (Tödlicher Unfall.) Gestern ist der 34jährige Schneider Hans Maier an den Folgen eines schrecklichen Unglücks gestorben. Maier war mit dem Zuführen von altem Eisen mittels eines Lastwagens zum Bahnhof Neudarhausen für Hartwig Hiller hier beschäftigt. Er hatte sich auf das beladene Auto gesetzt und wurde heruntergeschleudert. Ein Eisenstück drang ihm dabei tief in den Rücken. In schwerverletztem Zustande brachte man Maier in das Krankenhaus nach Sulz, wo der Bedauernswerte in der Sonntagnacht verschieden ist. Er hinterläßt eine Ehefrau und ein Kind.

Freudenstadt, 25. November. Zur Gemeinderatswahl sind hier wieder bei der letzten Wahl vier Wahlvorschlüge eingegangen und zwar von der Kommunistischen Partei, von der Nationalsoz. Arbeiterpartei, von der Wirtschaftlichen Bürgervereinigung und von der Sozialdemokratischen Partei. Diesmal hat der Christliche Volksdienst auf die Aufstellung einer eigenen Liste verzichtet und sich einen Kandidaten auf dem Vorschlag der Wirtschaftlichen Bürgervereinigung gesichert. Dafür tritt die Nationalsoz. Deutsche Arb.-Partei neu auf. Die Liste der Bürgervereinigung ist alphabetisch aufgestellt; es wird also keine Persönlichkeit dabei bevorzugt.

Rottweil, 23. November. Allgemeine Teilnahme findet die Familie Lehkus, deren Sohn Wilhelm beim letzten Brande so schrecklich ums Leben kam. Es ist festgestellt, daß er mit dem Wagenführer Baish den Tank mit Benzin füllen wollte. Während dieser eine weitere Kanne herbeiholt, entzündete sich das Benzin im Tank und verwandelte Lehkus in eine Feuerkugel. Er war erst 24 J. a.

Gärtringen, 23. November. (Unglücksfall auf dem Fußballplatz.) Am Sonntagmorgen ereignete sich auf dem Fußballplatz am Dejele ein bedauerlicher Unglücksfall. Dasselbst fand ein Kreisfußballspiel zwischen dem F.V. Gärtringen und dem F.V. Sindelfingen statt, das von beiden Seiten mit großer Härte durchgeführt wurde. In der letzten Viertelstunde des Spiels wurde der Torwart Gärtringens gleichzeitig von zwei Sindelfinger Stürmern, wie derselbe den Ball gerade in seine Obhut nehmen wollte, derart scharf angegangen, daß er auf die Torstange mit der linken Schulter aufschlug. Er erlitt dabei einen Bruch des linken Oberarms, was seine sofortige Verbringung ins Krankenhaus zur Folge hatte.

Oberndorf, 23. November. (Die Stadt verpachtet ihr Elektrizitätswerk zwecks Schuldentilgung.) In wiederholter Beratung hat der Gemeinderat mit allen gegen eine Stimme den Vertrag, nach welchem das hiesige städtische Elektrizitätswerk an die D.E.W. verpachtet wird, gutgeheißen. Das Werk wird auf 22 Jahre verpachtet um die Pachtsumme von 300.000 Mark. Diese Summe soll zur Tilgung von Schulden verwendet werden.

Schömberg O.M. Rottweil, 24. Nov. (Bürgermeisterwahl.) Bei der Bürgermeisterwahl haben von 573 Wahlberechtigten 804 gleich 92 Prozent abgestimmt. Von den 799 gültigen Stimmen fielen auf Gerichtsassessor Karl Eugen Sprenger aus Schömberg 388 Stimmen; auf Julius Belger, Verwaltungspräsident aus Rottweil-Mistfeld 378 Stimmen; auf Verwaltungskandidat Oberl. Ravensburg 28 Stimmen. Gerichtsassessor Sprenger ist somit gewählt.

Spaichingen, 24. Nov. (Zu der Oberamtsaufhebung.) Es scheint, so schreibt der „Schwäbischer Volksfreund“, selber Tatsache zu werden, daß die kommende württembergische Notverordnung die Aufhebung der Oberämter Spaichingen und Weßheim verfügt. Die Tatsache, daß verschiedene Gemeinden von unserem Bezirk wegtröben, scheint der Regierung den Raden gesteuert zu haben, trotz allen unseren Abwehrmaßnahmen den folgenschweren Schritt zu tun.

Stuttgart, 24. Nov. (Vom Württ. Kriegerbund.) Am 25. November feiert Generaldirektor Dr. Kaiser, Vorstand der Württ. Feuerversicherungs-A.-G. in Stuttgart, den Tag, an dem er vor 25 Jahren in das geschäftsführende Präsidium des Württ. Kriegerbundes eintrat. Der Ehrenpräsident des Bundes, General der Infanterie a. D. von Gerk, gedachte in einer zu Ehren des Jubilars stattgehabten Präsidialsitzung der hervorragenden Verdienste, die sich Dr. Kaiser als ehrenamtlicher Sachberater erworben hat und überreichte eine Glückwunschkarte und Dankadresse neben einer Ehrenurkunde.

Um die Herabsetzung der Landtagsdiäten. Der Landtag wird sich voraussichtlich am nächsten Donnerstag auch mit der Frage der Herabsetzung der Landtagsdiäten beschäftigen. Wenn dem Voranschlag des Landtagspräsidenten zugestimmt wird, so würden sich, wie der „RS-Kurier“ berichtet, die Landtagsdiäten für die in Stuttgart und im Umkreis von 20 Kilometer entfernten wohnenden Abgeordneten auf 240 RM, im Monat ermäßigten, für die im Lande wohnenden Abgeordneten auf 300 RM, monatlich. Zur Zeit erhalten die in Stuttgart wohnenden Abgeordneten 288 RM. Die wohnenden Abgeordneten...

Industrietarif. Wie vom Gewerkschaftsbund der Angestellten mitgeteilt wird, ist zwischen den Angestelltenorganisationen und der Vereinigung württ. Arbeitgeberverbände eine Vereinbarung zustande gekommen, wonach die Gehälter der Angestellten in der württembergischen Industrie um weitere 5,5 Prozent gekürzt werden.

Tübingen, 24. Nov. (Amtskörperschaftsumlage.) Die Amtskörperschaftsumlage für das Jahr 1931. Der Hauptdat weist bei 652.000 Mark Ausgaben und 191.000 Mark Einnahmen einen Abmangel von 461.000 Mark auf (im Vorjahr 430.000 Mark), der durch Umlage zu decken ist. Die Amtskörperschaftsumlage gab ihre Genehmigung.

Murrhardt, 24. Nov. (Zuschnell gefahren.) Der 2 Jahre alte Emil Kern von Hall stürzte infolge zu schnellenfahrens mit seinem Motorrad und zog sich einen schweren Schädelbruch zu, so daß der junge Mann hoffnungslos im hiesigen Krankenhaus darniederliegt.

Böblingen, 24. Nov. (Eine Hundertjährige bestraft.) Die hiesige Stadtverwaltung beschloß die Strafbefugnisse mit der Verbringung der für die Volksküche von Erzeugern gependelten Kartoffeln in einen Keller in der Nähe unterer ältester Bürgerin, der Witwe Kissel. Jene ist heute wüthend, so berichtet die Tagwacht, bei dieser Arbeit nichts Besseres zu tun, als den Keller der genannten Frau zu zerstören und sich an den dort untergebrachten Reispenden für Frau Kissel anlässlich ihres 100. Geburtstages derart zu betrinken, daß man einen mit dem Handwagen heimtransportieren mußte.

Gallhof, 24. Nov. (Todesurteil.) In Mittelfischach ist am Sonntagabend der verheiratete, 52 Jahre alte Sattler und Landwirt Hubert Schaffert von Oberfischach von seinem unbedenklichen Motorrad gestürzt. Ein Polizeiarbeiter hatte ihm das Zeichen zum Halten gegeben; er fuhr davon und stürzte in der Eile von seinem Motorrad, so daß er nach einigen Minuten im „Löwen“ wohin er verbracht worden war, verschied.

Chrenstein O. M., 24. Nov. (Festgenommen.) Die b. e. Als Täter bezw. Mittäter des Einbruchs in die Metzgerei Huber wurden gestern vier Personen von den Landjägerbeamten festgenommen und ins Amtsgerichtsgefängnis eingeliefert. Ein Teil der erbeuteten 1000 Mark konnte wieder beigebracht werden, der Rest wurde in leichtsinniger Frauengeißelei verübelt.

Bereinigung von Gemeinden u. Orten

Die Pressestelle beim Staatsministerium schreibt uns:

In einigen Landesteilen ist über die Frage der Zusammenlegung kleiner Gemeinden eine merkbare Erregung entstanden, die nicht nur in der Presse, sondern auch in der Entstehung von schriftlichen Gesuchen und Deputationen an die Ministerien ihren Ausdruck findet. Demgegenüber ist auf folgendes hinzuweisen:

Das Gutachten der Sparrkommission hat an mehreren Stellen darauf aufmerksam gemacht, daß zur Erhöhung der Leistungsfähigkeit der Gemeinden, sowie zur Vereinfachung und Vereinigung der Verwaltung die Vereinigung der kleineren Gemeinden zu größeren in jeder Weise gefördert werden sollte. Das Gutachten verspricht sich von dieser Maßnahme sowohl für die Gemeinden wie für die Staatskasse einen günstigen finanziellen Erfolg. Dementsprechend hat das Staatsministerium beschlohen, die Zusammenlegung kleinerer Gemeinden vermehrt anzubahnen und der Landtag hat diesem Beschluß vorbehaltlos zugestimmt. In der Folge ist dann durch die Haushaltsnotverordnung vom 9. Oktober 1931 der Staatsregierung, nicht etwa der Verwaltungsbehörde allein, die Ermächtigung erteilt worden, die kleineren Gemeinden im Wege der Anordnung mit anderen Gemeinden zusammenzufassen. Als Grenze, bis zu welcher schon die Größe der Gemeinde allein eine solche Vereinigung erwägenswert erscheinen läßt, wurde eine Einwohnerzahl von 300 angesetzt; darüber hinaus soll eine solche Anordnung nur in besonderen Ausnahmefällen in Betracht kommen. Diese Bestimmung ist nun nicht etwa so zu verstehen, daß ausnahmslos alle Gemeinden unter 300 Einwohnern verschwinden müssen. Es war vielmehr zunächst nur bei allen Gemeinden unter 300 Einwohnern in eine Prüfung in der Richtung einzutreten, ob die Vorteile, die man sich von einer solchen Zusammenlegung im allgemeinen versprechen kann, auch in jedem Einzelfall zu erwarten sind und ob in welcher Richtung und unter welchen Bedingungen etwa die Zusammenlegung einer Gemeinde bisher in Frage kommt. Lediglich mit dieser nur vorbereitenden Maßnahme sind bisher die Verwaltungsbehörden beauftragt. Sie haben dem Ministerium des Innern über sämtliche Gemeinden unter 300 Einwohnern zu berichten und müssen deshalb auch mit sämtlichen dieser Gemeinden in Verbindung treten, gleichgültig, ob in Einzelfällen eine Vereinigung dieser Gemeinden ratsam erscheint oder

nicht. Erst wenn dieses ganze Material im Ministerium des Innern vorliegt, wird man sich darüber schlüssig werden können, ob und in welchen Fällen auch etwa gegen den Willen der Gemeinden eine Zusammenlegung notwendig ist, um zu dem vom Sparrautschon geforderten Erfolge zu kommen. Das dabei nicht schematisch, sondern unter voller Würdigung der Verhältnisse des Einzelfalles vorgesehen wird, versteht sich von selbst und ist auch den Verwaltungsbehörden bereits ausdrücklich zur Pflicht gemacht worden; überdies bietet das Gesetz durch die Zulassung verschiedener Steuerföhen und auch durch die Rechtsform der Zusammenlegung Gemeinden verschiedene Möglichkeiten, eine solche Zusammenlegung mit mehr oder minder einschneidender Wirkung vorzunehmen. Voreerst ist jedenfalls in einer besonderen Beurteilung in den Gemeinden, die von den Bezirksämtern um ihre Stellungnahme befragt sind, noch kein Anlaß und ebenso ist die Entsendung von Deputationen und die Einreichung umfangreicher Denkschriften noch verfrüht. Zunächst sollte lediglich einmal bei den Bezirksbehörden Klarheit über die tatsächlichen Gegebenheiten und über die Einwirkung der Bevölkerung zu einer etwaigen Zusammenlegung geschaffen werden.

Finanzminister Dr. Deßinger über die Finanzen des Landes

Bad Merzweilerthum, 24. Nov. Am Samstag veranstaltete die Deutschnationale Volkspartei unter der Leitung von Schulrat Huber eine Versammlung, in der Finanzminister Dr. Deßinger über Rettung aus deutscher Not sprach. Er kam dabei auch darauf zu sprechen, wie sich die allgemeine deutsche Not auf das Land Württemberg ausgewirkt hat. Württemberg Land und Volk sind dabei, so führte der Minister nach einem Bericht der Landesregierung aus, eine der besten Ordnungszellen im Deutschen Reich gewesen. Die Arbeitslosigkeit ist in Württemberg immer noch am geringsten. Württemberg würde mit 3,5 Prozent Arbeitslosenversicherungsbeitrag auskommen. Es hat auch die niedrigste Zahl der Wohlfahrtsverweilenden. Das ist mit darauf zurückzuführen, daß in der Staatsregierung eine von marxistischem Diktat wenig beeinflusste Finanzpolitik in den letzten 7 1/2 Jahren getrieben wurde nach dem Grundsatze: Keine Ausgabe ohne Deckung. Es wurde keine Tagespolitik getrieben und damit den Massen geschmeichelt, auch wurden die Gemeinden zum Sparen gezwungen. So konnte ein Betriebs- und Betriebskapital geschaffen, auch konnten die Staatssteuern von 8 auf 5 Prozent herabgesetzt und schließlich landwirtschaftliche Steuererleichterungen, Land und Volk vorwärts gebracht werden. Für den Haushalt 1931 bis 1932 war noch ein Ausblick erreicht worden, aber dann gab es Einnahmenschwäche, die die Regierung nicht verhindern konnte. Jedoch im Haushaltsjahr ein Abmangel von 45 Millionen entstand, der durch die Maßnahmen im September auf 10 Millionen herabgedrückt werden konnte. Der Minister kam dann auf die Frage eines eventuellen weiteren Beamten-Gehaltsabbaues zu sprechen und erklärte, er habe in Ebingen gesagt, daß das Reich, namentlich mit Rücksicht auf die Ausfälle bei der Reichsbahn und bei der Reichspost, nicht darum herum kommen werde, vom 1. Dezember, spätestens vom 1. Januar ab, eine allgemeine Gehaltskürzung von 10 Prozent eintreten zu lassen, auf die in Württemberg die bereits eingetretene Sparsenkürzung anzurechnen werden wird. Ich kann selbstverständlich nicht in den Kopf des Reichsfinanzministers hineinschauen und bitte mich, Reichspolitik in Württemberg zu treiben. Aber nach meinen Erfahrungen ist es so, daß man um diese Sache nicht herumkommt. Es werden deshalb diejenigen württ. Beamten im Lauf der nächsten Zeit anderen Einnes werden, die noch vor sechs Wochen etwas gesagt haben. Weiter Reichsbeamter mit höherer Besoldung als Landesbeamter mit höchstehendem Bruttolohn? Generawärter fehlen im Etat noch 10 Millionen. Sie müssen herbeigeholt werden. Württemberg ist durch die Entwidlung der deutschen Not mit in die Katastrophe hineingeraten worden, weil es durch die Weimarer Verfassung noch viel mehr mit den Gegebenheiten des Reiches und der Wirtschaft des Reiches verflochten ist. Dabei drohen Württemberg besondere Gefahren, denn die Reichsregierung nimmt auf unsere besonderen Verhältnisse keine Rücksicht. Durch die Reichsarbeitslosenversicherung fließen jeden Monat aus Württemberg Millionen hinaus in andere Länder. Genau so ist es bei der Reichsangehörigkeitsversicherung. Für unsere Leute württ. Post haben wir bis jetzt 7 Millionen Mark Rückzahlung bekommen. Das Reich erreicht aus ihr 7 Millionen Mark jährlich. Was man aus Württemberg zu viel herausholt, wird in keiner Weise anzurechnet. Man nimmt keine Rücksicht auf die besonderen Schäden, den wir durch Holzeinkauf und Hagelwetter erleiden. So stehen wir vor der Gefahr, daß auch wir ausgelagert werden. Das, was wir schaffen und ersparen, verbruchen die anderen. Darüber herrscht allmählich eine furchtbare Erbitterung in unserem Land. Es wird gefordert, die Selbstständigkeit und die Eigenverantwortlichkeit unseres württ. Staates zu erhalten. Darin liegt unsere Kraft und unsere Stärke, dies aber dient auch dem Reich. Der Minister betonte zum Schluß, daß man bloß mit wirtschaftlichen und finanziellen Mitteln die deutsche Not nicht beistellen könne. Man müsse das Rad herumdrehen, das letzte Seil zum umklicken: Los von der Erfüllungspolitik und vom Sozialismus, dabei Rückkehr zur Nationalwirtschaft mit dem Ziel, die landwirtschaftliche Rente wieder herzustellen und die Kaufkraft der Landwirtschaft zu heben. Mit der Landwirtschaft stehe und falle ein Volk.

Aus Baden

Weiber (bei Bruchsal), 24. November. (Drei Brandfälle.) Vier etwa acht Tagen stelen hier zwei Scheuern einem Brand zum Opfer, dessen Entstehung nicht feststeht. Die Ursache und am Sonntagabend gegen 8 Uhr wurde die Ursache der Einwohnerhaft von neuem angefaßt. Während im Saal des Gasthauses „zum Hirschen“ die D.V.K. einen Theaterabend begonnen hatte, brach in der Scheuer des Besitzers Pfedel ein Brand aus, dem die gefüllte Scheuer, das Schlaßhaus und ein großer Holzschopf zum Opfer fielen. Alles brannte total nieder, da es hier an einer Wasserzufuhr mangelte und die Brandalarms Rotorpfeife keine Speisung findet. Rauch war überall von dem nächtlichen Feuer die Rede, als gestern mittag plötzlich die Flammen aus der großen Scheuer des Vanden Konsumvereins herausflühten. Hier lagerten an 300 Zentner Heu und Stroh, die ein solches Flammenmeer erzeugten, daß die Feuerwehr das Gebäude machtlos niederbrennen lassen mußte. Der Schaden belief sich auf rund 9000 Mark. Gegen 4 Uhr stand dann die benachbarte Scheuer des Fabrikarbeiters Hemberger in Flammen und auch diese ist total eingeeßert. Der Schaden beträgt hier gegen 3000 Mark. Nur das Wohnhaus konnte gerettet werden. Es liegt in allen drei Fällen Brandstiftung vor, wie auch beim Brand der vorigen Woche. Zwei junge Burschen sind bereits verhaftet.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Russland verzichtet. Die italienische Regierung teilt mit, daß sie keinen Antrag auf Strafverfolgung der in Konstanz verhafteten antifaschistischen Flieger gestellt habe und auch keinen Antrag stellen werde. Die Flieger werden sich nur wegen Fahvergehens zu verantworten haben.

24 Tote bei einem Schiffszusammenstoß. Infolge des Zusammenstoßes zwischen einem Personendampfer und einer Dampfzähre bei Sumatra sind 24 Personen ums Leben gekommen.

Doppelselbstmord im Starnberger See. Am Sonntag wurden bei Kempfenhausen am Starnberger See die Leichen eines jungen Mannes und eines Mädchens gefunden. Die Erhebungen ergaben, daß es sich um den 27-jährigen Kaufmann Markus Weiß und die 21-jährige Studentin Lotte Scharf, beide aus Erlangen, handelt.

Großfeuer in einem oberfränkischen Bauerndorf. Die Ortschaft Lautenbaur wurde in der Nacht zum Montag von einem verheerenden Großfeuer heimgesucht, dem 11 Scheunen zum Opfer fielen. Außerdem wurden zahlreiche Stallungen und viele Nebengebäude eingeäschert. Ansehend liegt vorläufige Brandstiftung vor.

In einer Schlinge gefangen und erschossen. In das Krankenhaus in Anklam wurde die Frau des Rittergutsbesizers Rittmeisters a. D. von Hennigs aus Suggow im Kreise Anklam schwer verletzt eingeliefert. Frau von Hennigs wollte mit ihrem Kutscher, der Kränze trug, zum Erbegräbnis der Familie gehen. Sie schlug dabei einen schmalen Seitenpfad ein und blieb auf diesem Wege plötzlich in einer über den Weg gespannten Schlinge hängen, die ein an einem Baumstamm aufgehängtes Gewehr zum Auslösen brachte. Frau von Hennigs wurde durch einen Querschläger in den Unterleib getroffen und ist ihrer schweren Verletzung erlegen.

Aus dem Gerichtssaal

21 Personen wegen Ueberfalles auf Nationalsozialisten verurteilt

Stade, 25. November. Das hiesige Schöffengericht verurteilte gestern 21 Personen, die Ende Oktober d. J. von einer Versammlung in Bliedersdorf kommend, Nationalsozialisten überfallen hatten, zu Gefängnisstrafen von 2 bis 9 Monaten.

Zwei Schriftsteller wegen Landesverrats zu je 18 Monaten Gefängnis verurteilt

Leipzig, 23. Nov. In dem Landesverratsprozess gegen den Herausgeber der „Weltbühne“, von Ostiens, und den Journalisten Walter Kreiser als Verleüer des unter Anklage gestellten Schriftstellers „Wandias aus der deutschen Luftfahrt“ hat das Reichsgericht folgendes Urteil verkündet: Die Anklagen werden wegen Verbrechens gegen Paragraph 1 Abs. 2 des Gesetzes gegen den Verrat militärischer Geheimnisse jeder zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis und zur Tragung der Kosten verurteilt. Sobann verkündete der Vorsitzende noch folgenden Gerichtsbeschluss: Da die tatsächliche und rechtliche Würdigung des inkriminierten Artikels durch das Gericht naturgemäß nicht erfolgen kann, ohne die in Rede stehenden geheimen Nachrichten zu erwidern und zu beleuchten, hat der Senat gemäß Paragraph 173 Abs. 2 des Gerichtsverfassungsgesetzes beschlohen: Für die Verkündung der Urteilskünde wird die Öffentlichkeit ausgeschlossen, da sie eine Gefährdung der Staatsicherheit beinhalten. Es wird den Herren Sachverständigen des Reichswehrministeriums gestattet, der Verkündung der Urteilskünde beizuwohnen. Das Reichsgericht hat während der gesamten Verhandlung die Öffentlichkeit ausgeschlossen und den Beteiligten Schweigepflicht auferlegt.

Der Sklarek-Prozess

Berlin, 24. Nov. Zu Beginn der Verhandlung im Sklarekprozess wies der Vorsitzende auf die Aufmerksamkeit an der Gutachterfähigkeit des medizinischen Sachverständigen, Medizinalrat Dr. Störmer, auf das entchiedenste zurück. Medizinalrat Störmer erklärte, daß eine erneute Untersuchung Willy Sklareks eine lehrreiche Funktion der Leber ergeben habe. Darin liegt der Beweis, daß die Krankheit nicht absichtlich herbeigeführt worden sei. Bei der Gesamtverhandlung werde man mit einer längeren Dauer als vorgegeben rechnen müssen, da Willy Sklarek anderen Anfordungen während der nächsten Monate nicht gewachsen sei. Das Gericht beschloß, die für heute geladenen 11 Zeugen auf die nächsten drei Verhandlungstage zu verteilen und die für Donnerstag in Aussicht genommene Vernehmung des Bürgermeisters Scholz und der übrigen Ratstratsmitglieder erneut auf den kommenden Montag zu verschieben, da sie für Willy Sklarek vermutlich mit Aufregungen verbunden sein dürfte. Bei der Vernehmung des Zeugen Breittopf, eines Lanterbuchhalters der Sklarekschen KG, kam Willy Sklarek plötzlich auf die Vernehmung von Schüninn zu sprechen und erklärte äußerst aufgeregt, daß es nur den Vordarlungen der Sklareks zu verdanken sei, wenn Schüninn seinen Reineid geleistet hätte. Staatsanwaltschaftsrat Weisenberg, der in diesem Zusammenhang von Willy Sklarek angegriffen worden war, erklärte aber unter großer Bewegung im Verhandlungsraum, daß Schüninn eingeschüchtert worden sei, und daß der Rechtsvertreter Schüninns erklärt habe, Schüninn werde keine Aussagen mehr auktretterhalten. Daraufhin erklärte der Vorsitzende: „Das Gericht anerkennt nur die Anwohne, die er hier gemacht hat. Etwas anderes ist für uns nicht in der Welt.“

Der Lüberker Prozess

Müden, 24. Nov. Die Verhandlung im Lüberker Tuberkuloseprozess brachte wiederum sehr erregte Auseinandersetzungen zwischen Rechtsanwalt Dr. Fren und dem Verteidiger Professor Dr. Dendke. Rechtsanwalt Dr. Fren hatte abermals den Verdacht geäußert, daß dem H. G., um diejen ungeschädlichen aber auch unheimlichen Wirkbarkeit zu geben, von Dendke vielleicht humane Bakillen beigemengt worden seien. Diese Anklage wurde von der Verteidigung Dendkes aufs entschiedenste zurückgewiesen. Dr. Fren bekannte im Laufe der Auseinandersetzungen, die Blättermeldung, daß er einen Antrag auf Morbanalyse gegen Professor Dendke stellen wollte, sei auf ihn selbst zurückgegangen. Dr. Fren stellte anhand eines Briefes von Dr. Lichtwin fest, daß sich die Einstellung des Nebenklägers seit wesentlicher ändert habe. In dem von Rechtsanwalt Dr. Fren zur Verlesung gedachten Brief des Dr. Lichtwin heißt es: „Dr. Schmink erzählte mir, daß er Sachverständiger in dem Lüberker Prozess sei und daß dieser Prozess mit einem dramatischen Auktat beginnen werde. Rechtsanwalt Dr. Fren wollte nämlich unter Beweis stellen, daß Dr. Dendke absichtlich virulente menschliche Tuberkelbazillen verabreicht habe. Ich war darüber so entsetzt, daß ich in einer schriftlich nicht wiederzusagenden dristigen Weise antwortete.“

Unsere Zeitung bestellen!



dem Sinne nach etwa so: Wer auf diese wahnwitzige Idee gekommen ist! Ich wies auf die Persönlichkeit Dr. Deudes hin und erklärte, daß diese Unterstellung für jeden, der Dr. Deude kennt, indiskutabel sei. Dr. Schmitz hat also nicht von mir Auskunft über Professor Deude eingeholt, sondern ich habe mich von da an in der Abwehr eines großen Professor Deudes geübt. Anstatt über die Persönlichkeit Deudes zu schreiben.

Die Verteilung dieses Briefes rief im Gerichtshof große Bewenung hervor und der Oberstaatsanwalt hat nunmehr, beide Bemeisnträge, sowie die Ladung des Direktors des bakteriologischen Instituts in Kiel wie auch die Ladung von Professor Dr. Richtig annehmen.

Mundfunk

Donnerstag, 26. Nov.: 6.15 Uhr Gymnastik, von 10 bis 13.30 Uhr Schallplatten, Nachrichten, Wetter, 14.30 Uhr Spanischer Sprachunterricht, 15 Uhr Englischer Sprachunterricht, 15.30 Uhr Stunde der Jugend, 16.30 Uhr Vortrag: Konstantine, ein Kellnerbericht aus Marokko, 17.05 Uhr Konzert, 18.30 Uhr Zeit, 18.40 Uhr Vortrag: Moderne gärtnerische Kulturmaßnahmen: Bodenreinigung, 19.05 Uhr Rundfunk-Vermittlungsanlagen und Rundfunkgebäude, 19.30 Uhr Zeit, Wetter, Landwirtschaft, 19.45 Uhr Alt-Wiener Theaterlieder, 20.15 Uhr Kineller Dienst, 20.30 Uhr Vortrag: Gros und Serus, 21 Uhr Schloßer und Senas, 21.20 Uhr Studienkonzert, 22.20 Uhr Wetter, Nachrichten.

Handel und Verkehr

Wirtschaft

Wendertung in den Landesgrundpreisen. Mit Wirkung vom 1. November d. J. sind die Landesgrundpreise seitens der württ. Norddirektion für einzelne Ruchhözer, u. a. für Laubstammholz und Kadelholzstangen herabgesetzt worden. Die Senkung der Grundpreise beträgt gegenüber 1931 beim Laubholz 10 bis 15 Prozent, bei den Kadelholzstangen etwa 15 Prozent. Die Grundpreise für Kadelholz und Papierholz sind unverändert geblieben.

Stärke

Altensteig, 25. November. (Vieh- und Schweinemarkt.) Dem gestrigen Viehmarkt waren zugeführt 22 Kühe, Preis pro Stück 150-350 M., 15 Kalbinnen, Preis pro Stück 300-400 M., 16 St. Jungvieh, Preis pro Stück 80-280 M., 26 Paar Ochsen.

Preis pro Paar 600-850 M. — Dem Schweinemarkt waren zugeführt 149 Paar Milchschweine, Preis pro Paar 15 bis 32 M., 12 Kauterschweine, Preis pro Stück 20-35 M. Handel beim Kindvieh gedrückt, bei den Schweinen mittelmäßig. — Der Krämermarkt war von Händlern und Käufern sehr gut besucht, jedoch machte sich die Geldknappheit sehr bemerkbar.

Stuttgarter Schlachtviehmarkt vom 24. Nov.

Jagdtreiben: 44 Ochsen, 28 Bullen, 347 Jungbullen, 505 Rinder, 308 Kühe, 1677 Kalber, 2390 Schweine, 24 Schafe, 1 Bleg. Untervault: 10 Junabullen, 80 Junarinder, 100 Schweine. Ochsen: ausgem. 30-33 (31-33), vöhl. 26-29 (27-30), fl. 22-25 (23-26). Bullen: ausgem. 23-24 (22-24), vöhl. 21-23 (20-21), fl. 18-20 (19-20). Jungrinder: ausgem. 32-36 (uno.), vöhl. 26-30 (uno.), fl. 22-25 (23-25). Kühe: ausgem. 23-26 (21-26), vöhl. 18-21 (18-22), fl. 12-16 (12-17), ger. 9-11 (uno.). Kalber: feinste Ratt- und beste Sauaf. 34-37 (35-38), mittl. 31-33 (32-34), ger. 25-29 (27-30). Schweine: von 210-300 Pfd. 48-49 (46-47), von 200 bis 240 Pfd. 45-47 (44-46), von 160-200 Pfd. 41-43 (uno.), von 120 bis 160 und unter 120 Pfd. 38-41 (38-40), Sauen 32-42 (31-41). Verkauf: Großvieh, Kalber mäßig, feine Schweine beschr. Ionit lamaiam.

Viehpreise. Kälber: Kühe 130-200, Kalbinnen 350-380, Rinder 100-110, Pferde 800-1000 M. — Ravensburg: Rinder 80-250, Kühe 180-300, Kalbinnen 240-400 Markt. Viehmarkt auf dem Wilhelmplatz, Zufuhr 200 Zentner, Preis 3-3.20 Markt für 1 Zentner.

Forzheimer Schlachtviehmarkt vom 23. November. Aufgetrieben waren 545 Tiere, und zwar 4 Ochsen, 15 Kühe, 54 Rinder, 34 Färren, 43 Kalber, 306 Schweine. Marktverkauf: Großvieh schleppend, Kleinvieh mäßig belebt. Ueberstand: 11 Stück Großvieh. Preise für ein Pfund Lebendgewicht: Ochsen 1. Kl. 33-34, 2. Kl. 28-31, Färren 1. Kl. 2, 2. und 3. Kl. 24-29, Kühe 1. Kl. 24, 2. und 3. Kl. 20-22, Rinder 1. Kl. 35-36, 2. Kl. 31-33, Kalber 2. Kl. 37-40, 3. Kl. 34-36, Schweine 2. und 3. Kl. 47-48, 4. Kl. 44-46.

Getreide

Berliner Produktenbörse vom 24. Nov. Weizen märk. 225 bis 228, Futterweizen 208-210, Sommerweizen 228-231, Roggen märk. 199-201, Straarerte 165-175, Futter- und Industrieweizen 160-164, Hefer märk. 145-150, Weizenmehl 28.25-32.25, Roggenmehl 27.15-29.50, Weizenkleie 10.25-10.75, Roggenkleie 10.50-11, Weizenjoh 23-29, Viktorinerbisen 25-28, kleine Sojabohnen 17-20, Futtererbsen 17-19. Allgemeine Tendenz: matter.

Konkurse
Heinrich Wagner, Installationsgeschäft in Bermatingen.
Miriam Schaller, Verwalterin im israelitischen Landesamt in Sonthelm.
Firma Paul Käufler, Manufakturwarengeschäft in Calw.

Humor

Aufgehobene Kache. Fritz hat wegen seiner großen Anzogenheit vom Kaiser Prügel bekommen. Als dieser wieder aus dem Zimmer geht, ruft Fritz ihm zornig nach: „Warte nur, Vati, das wird sich noch an deinen Enkeln rächen!“

Legte Nachrichten

Die Resolution des Völkerbundsrates — Zustimmung Japans — Chinesische Vertagungswünsche

Paris, 24. November. In Völkerbundsratskreisen wird versichert, daß die japanische Delegation aus Tokio eine Antwort auf ihre Bitte um Instruktionen erhalten habe. Diese Instruktionen sollen, abgesehen von einigen Vorbehalten im einzelnen, die japanische Delegation ermächtigen, im großen und ganzen dem Resolutionsentwurf des Völkerbundsrates zuzustimmen. Heute abend wird allerdings erklärt, daß die für morgen vormittag vorgesehene Zusammenkunft des Zwölferrates wahrscheinlich verschoben werden dürfte, da die chinesische Delegation das Völkerbundssekretariat benachrichtigt habe, daß sie nicht in der Lage sein werde, noch heute abend dem Völkerbundsrat die neue Note zu übermitteln, die sie aus Nanjing erhalten habe.

Gestorben

Calw: Katharine Grünwald geb. Schulz.
Dornstetten: Hans Meier, Schneider, 31 Jahre alt.
Hallwangen: Wilhelm Sailer jr., „Grünen Baum“.

Wetter für Donnerstag

Der Einfluß des östlichen Hochs nimmt ab. Für Donnerstag ist mehr bedecktes und unbeständigeres Wetter zu erwarten.

Druck und Verlag der W. Rieker'schen Buchdruckerei, Altensteig für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Lauf.

Martinsmoos.

Todes-Anzeige.



Teilnehmenden Verwandten und Bekannten machen wir die traurige Mitteilung, daß unser lieber Vater, Schwiegervater und Großvater

Joh. Friedrich Seeger

im Alter von 85 Jahren zur ewigen Ruhe eingehen durfte.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Georg Seeger.

Beerdigung Donnerstag nachmittag 1 Uhr.

Der Hamlet von Laibach

von F. XAVIER-KAPPUS



Die Geschichte einer Rache, die die Leidenschaft eines „jugendlichen Liebhabers“ benutzt, um alte Schuld zu quittieren!

Als neuestes Gelbes Ullsteinbuch für 1 Mark erhältlich bei der W. Rieker'schen Buchhandlung, Altensteig.



Auktion

gegen bar am Samstag, den 28. November 1931, vorm. 10 Uhr

Ueberzählige Möbel, Betten, Hausrat

Berneck, Schloß.

Bevor Sie

eine Nähmaschine kaufen

empfiehlt sich die Besichtigung meines Lagers in

Pfaff- und Naumann-Nähmaschinen

Sie kaufen Nähmaschinen bei mir in bester Qualität und zu den billigsten Preisen bei günstigen Zahlungsbedingungen.

Volle Garantie für Qualität und Leistungsfähigkeit. Unterricht in Stopfen und Sticken gratis. Besichtigung und Vorführung ohne jeden Kaufzwang.

Paul Schaupp, Altensteig

Schlosserei und Maschinenhandlung.

Dankfagung.



Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, die wir anlässlich des Hinscheidens unserer lieben Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Schwester und Schwägerin

Margarete Pfeifle

geb. Pfeifle, Witwe

erfahren durften, sagen wir hier mit unsern aufrichtigsten Dank. Besonders danken wir dem Herrn Pfarrverweser Lochmaier für die trostreichen Worte am Grabe, dem Gesangverein für den erhebenden Grabgesang, ferner für die vielen Kranzspenden, sowie allen, die die liebe Verstorbene zur letzten Ruhestätte begleitet haben.

Göttelstingen, den 24. November 1931.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Böfingen.

Unterzeichneter nimmt eine

Wiederwahl als Gemeinderat nicht mehr an

Christian Rothfuß.

Mädchen sucht Stelle

in Haus- und Landwirtschaft.

Zu erfragen in der Geschäftsstelle des Blattes.

Von morgen ab

fettes Rindfleisch

das Pfund zu 55 M., von 5 Pfd. ab zu 50 M. zu haben

Brenner b. Waldhorn.

Trauer-Karten

Trauer-Briefe

liefert rasch und billig die

W. Rieker'sche Buchdruckerei, Altensteig

Suche auf 1. Januar oder Februar eine

Drei-Zimmer-Wohnung

Zu erfragen in der Geschäftsstelle des Blattes.

Burger Schweizerstumpen

bekannteste Qualitäts-Marken in rund und gepreßt

Banerole 10 M im Groß- und Kleinkauf bei

Chr. Burghard jr.

Altensteig

Alle Holzformulare

liefert für Gemeinden und Private die

W. Rieker'sche Buchdruckerei, Altensteig.



KAUFHAUS SCHOCKEN PFORZHEIM

Elektrisches Bügeleisen 550

3 kg schwer, mit Dampfenhöhe, Aufstellvorrichtung und Zuleitung, VDE-Prüfschein, 2 Jahre Garantie

42 Inseratenform geschloß

